

## EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
Telefax 041 349 14 81  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **23. Mai 2013, 16.00 – 19.30 Uhr**  
Sitzungsort **Pfarreizentrum**  
Vorsitz **Heiri Niederberger**

## PROTOKOLL NR. 342

Anwesend 29 Einwohnerratsmitglieder  
5 Gemeinderatsmitglieder  
1 Gemeindeschreiber

Entschuldigt - Dali Raphael, anwesend ab 16.30 Uhr  
- Eichmann Roger, anwesend bis 18.00 Uhr  
- Rösli Schuler Claudia

### Traktandenliste

1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes Seite 2
2. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Gesundheits- und Sozialkommission Seite 3
3. Bericht und Antrag Nr. 1498 Jahresbericht 2012 Seite 4
4. Bericht und Antrag Nr. 1502 Jahresrechnung 2012 Seite 7
5. Motion Nr. 278/2013 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden:  
Reglement Feuerwerke Seite 18
6. Fragestunde Seite 20
7. Interpellation Nr. 614/2012 von Markus Bider, CVP: Sitzungsgelder im  
Verband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL) Seite 20
8. Interpellation Nr. 615/2012 von Thomas Zemp, CVP: Organisation Kindes-  
und Erwachsenen-Schutzbehörde (KESB) Seite 22
9. Dringliche Interpellation Nr. 623/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitun-  
terzeichnenden: Informatikdepartement an der Hochschule Luzern – Horw  
ist der geeignete Standort Seite 22
10. Dringliche Interpellation Nr. 625/2013 von Urs Rölli, FDP: Baustellen  
St. Niklausenstrasse Seite 24

**Sprecher/in**

Heiri Niederberger  
(CVP)

**Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

**Gratulationen**

Seit der letzten Sitzung durfte ich wieder vielen Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

**Repräsentationen**

- 26. April 2013: Generalversammlung vom Luzerner Verband der Raiffeisenbanken
- 27. April 2013: Jubiläumsfest 75 Jahre Gartenbau Gygax
- 28. April 2013: Apéro Finalturnier Handball-Schweizermeisterschaft U15 Regionalauswahlen
- 21. Mai 2013: Festakt 50 Jahre Einwohnerrat Emmen

**Einbürgerungen**

Seit der letzten Sitzung wurde drei kosovarischen, sechs italienischen und zwei deutschen Staatsangehörigen das Bürgerrecht der Gemeinde Horw zugesichert.

**Protokoll**

Die Genehmigung des Protokolls Nr. 341 der Sitzung vom 25. April 2013 erfolgt an der nächsten Sitzung.

**Neueingänge**

- 26. April 2013: Postulat Nr. 645/2013 von Jürg Luthiger, CVP, und Mitunterzeichnenden: Förderung der Strassengenossenschaften
- 26. April 2013: Dringliche Interpellation Nr. 623/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Informatikdepartement an der Hochschule Luzern - Horw ist der geeignete Standort
- 8. Mai 2013: Interpellation Nr. 624/2013 von Roger Eichmann, CVP: Sicherheit auf Fussgängerstreifen – Meldung der Strassenopfer-Stiftung Roadcross
- 13. Mai 2013: Dringliche Interpellation 625/2013 von Urs Rölli, FDP: Baustellen St. Niklausenstrasse
- 21. Mai 2013: Postulat Nr. 646/2013 von Heiri Schwegler, L2O, und Mitunterzeichnenden: Pilotbetrieb zur Erschliessung des Kirchfelds

**Rechtskraft von Beschlüssen**

Seit der letzten Sitzung sind keine Geschäfte in Rechtskraft erwachsen.

**Mitteilung**

Ich würde gerne meinen letzten Tag vom Präsidialjahr mit Ihnen verbringen und bitte Sie deshalb, sich den 31. August für den Einwohnerratsausflug zu reservieren.

**1. Vereidigung eines neuen Ratsmitgliedes**

Als neues Ratsmitglied wird Marcel Wirz, FDP, vereidigt. Er tritt die Nachfolge von Heidi Pieper-Berdux, FDP, an.

Heiri Niederberger  
(CVP)

## Begründung dringliche Vorstösse

### Dringliche Interpellation Nr. 623/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Informatikdepartement an der Hochschule Luzern – Horw ist der geeignete Standort

Die etablierte Abteilung Informatik der HTA in Horw soll in ein Departement, analog Soziales, Design und Kunst oder Wirtschaft aufgewertet werden. Diese Absicht wurde vom Hochschulrat geäussert. Mehrere Zeitungsartikel und Leserbriefe weisen auf die Brisanz des Themas hin. Der Neuen Luzerner Zeitung konnte vorgestern entnommen werden, dass sich bereits Sursee und Zug positioniert haben. Über Horw steht: "Kürzlich haben sich auch Horwer Politiker gemeldet, welche die neue Hochschule gerne am Standort des heutigen Departements Technik und Architektur ansiedeln möchten." Damit ist wahrscheinlich schon ein erster Effekt von dem Vorstoss erzielt worden. Das reicht aber nicht. Wie ich aus gut unterrichteter Quelle gehört habe, soll der Standortentscheid vor dem Entscheid über die Einführung vom Departement gefällt werden, d.h. die Evaluation hat angefangen. Darum ist der Vorstoss bitte dringlich zu beantworten.

Konrad Durrer (L2O)

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

### Dringliche Interpellation Nr. 625/2013 von Urs Rölli, FDP: Baustellen St. Niklausenstrasse

Aufgrund der bereits bestehenden Verkehrsproblematik auf der St. Niklausenstrasse erschweren zurzeit etliche Baustellen zusätzlich den Busverkehr. Damit der Bus-Fahrplan möglichst eingehalten werden kann, müssen durch die Gemeinde die entsprechenden Massnahmen sofort eingeleitet und durchgesetzt werden. Ich bitte Sie somit, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Urs Rölli (FDP)

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

## 2. Ersatzwahl eines Mitgliedes der Gesundheits- und Sozialkommission

Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Herrn Marcel Wirz als Mitglied der GSK vor.

Urs Rölli (FDP)

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Stimmzettel	28
Eingegangene Stimmzettel	28
Ungültige Stimmzettel	0
Leere Stimmzettel	1
Gültige Stimmzettel	27
Absolutes Mehr	14

Heiri Niederberger  
(CVP)

Gewählt ist Marcel Wirz mit 27 Stimmen.

### 3. Bericht und Antrag Nr. 1498 Jahresbericht 2012

#### Eintreten GPK

Die GPK hat den Jahresbericht 2012 geprüft und einstimmig zur Kenntnis genommen.

Unter Berücksichtigung der grossen laufenden Projekte konnte man 2012 eine gute Zielerreichung erreichen. Das Absenzenmanagement und das Weiterbildungsprogramm für das Gemeindepersonal wurde weiter verbessert. Die verschiedenen aktuellen Bauprojekte, vor allem das neue Oberstufenschulhaus und die Sanierung der Primarschulhäuser sind unter Kontrolle. Zusammen mit der Pro Senectute ist ein neues Altersleitbild entwickelt worden; dieses ist an der Klausurtagung anfangs Mai vom Gemeinderat beraten worden und sollte noch in diesem Jahr verabschiedet werden. Die schulergänzende Betreuung konnte 2012 abgedeckt werden. Für das neue Schuljahr braucht es aber Erweiterungsmöglichkeiten. So gibt es einen grösseren Bedarf für die Nachmittagsbetreuung, dann braucht es mehr Raum für den Nachmittagstisch und der Kids-Treff platzt aus allen Nähten.

In der Sozialhilfe musste man das sogenannte Workfare-Prinzip anpassen. Dieses Prinzip besagt, dass die Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe eine Gegenleistung erbringen sollten. Aus zwei Gründen konnte man dieses Prinzip nicht wunschgemäss durchsetzen. Einerseits gab es zu wenig geeignete Arbeitsmöglichkeiten und andererseits konnten viele Betroffene aus gesundheitlichen Gründen keine passende Arbeitsleistung erbringen.

Auf dem Autobahndach hat die Jungwacht einen BMX-Rundkurs realisiert. Die Gemeinde hat dafür die Initialkosten übernommen, die restlichen Kosten und der Unterhalt wird von der Jungwacht getragen.

Beim Tourismuskonzept hat man den gewünschten Stand noch nicht erreicht, es befindet sich noch im Entwurfstatus.

Mit unvorhergesehenen Schwierigkeiten musste man bei der Einführung des Projekts LuTax kämpfen. Horw hat sich hier als Teilnehmer des Pilotprojekts zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der positiven Aufnahme des Jahresberichts 2012 beantragt ihnen die GPK Eintreten auf den B+A Nr. 1498.

#### Eintreten BVK

Die BVK hat beim Jahresbericht die baurelevanten Ziele besprochen, von denen die Hälfte erreicht werden konnten. Dies erachten wir als genügend. Die zwei wichtigsten Bauziele sind leider nicht erreicht worden. Das eine ist die Sanierung der Schwimmhalle Spitz und das andere ist, dass die Sanierung des Gemeindehauses in der Ausführung sein sollte.

Die Bau- und Verkehrskommission hat keine Anträge und ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1498.

Jörg Gilg (FDP)

Reto Deschwanden  
(CVP)

### **Eintreten GSK**

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat den vorliegenden B+A studiert und die sie betreffenden Bereiche beraten.

- Wir freuen uns, dass im August ein Workshop zum neuen Projekt "Altern und Wohnen" organisiert wird und sind auf die Ergebnisse, welche uns dann im Herbst präsentiert werden können, gespannt. Die Leitung des Projektes wird bei der Pro Seneclute liegen.
- Zu den Pflegeplätzen können wir sagen, dass Horw zurzeit 231 Pflegeplätze im Blindenheim und im Kirchfeld hat. Diese sind gut belegt.
- Ab dem neuen Schuljahr muss die Gemeinde die schulergänzende Betreuung sicherstellen. Dafür wurde der Kids-Treff eingerichtet, welcher eine Mittags- und eine Nachmittagsbetreuung ermöglicht. Leider besteht Platznot. Es muss zwingend erweitert werden. Eine Übergangslösung ist die Anpassung von zwei Wohnungen in den Allmend-Häusern bis das Baufeld E gebaut ist. Die Tarife für diese Angebote sind einkommensabhängig.
- Da weniger Arbeitsintegrationsprojekte vorhanden sind, konnte das Workfare-Prinzip nicht für alle umgesetzt werden. Leider sind niederschwellige Arbeitsmöglichkeiten sehr beschränkt. Für diese Menschen ist es wichtig, eine Tagesstruktur zu haben um nicht zu vereinsamen oder zu verwahrlosen. Für die GSK ist es wichtig, weiter nach geeigneten Projekten Ausschau zu halten, um eine Wiederintegration zu ermöglichen.
- Über den Jugendförderungspool sind im letzten Jahr 2 Projekte mit je 500 und 1'000 Franken unterstützt worden. Das sind sehr wenige. Wir glauben, dass den Jugendlichen die konkreten Ideen für die Beantragung einer Anschubfinanzierung fehlen. Die Jugendanimation soll versuchen, Jugendliche bei ihren Vorhaben zu unterstützen, damit der Jugendförderungspool bekannter und auch genutzt wird.

Die GSK nimmt den B+A zur Kenntnis und ist einstimmig für Eintreten.

### **Eintreten CVP**

Der B+A hat in unserer Fraktion zu keinen grossen Diskussionen geführt. Wie im B+A erwähnt, bewerten auch wir den Zielerreichungsgrad als gut. Trotz oder gerade wegen der neuen Zusammensetzung des Gemeinderates sind fast 70 % der gesetzten Ziele abgeschlossen.

Das politische Jahr war ein ruhiges Jahr. Einerseits weil wir nicht ausserordentlich viele B+As behandelt haben, andererseits aber auch weil die traktandierten Geschäfte gut vorbereitet waren. Und das ist ein Verdienst des Gemeinderates und der Verwaltung. Vielen Dank. Für das nächste politische Jahr erwarte ich mehr Arbeit für den Einwohnerrat. Sind die B+As aber weiterhin so gut vorbereitet, d.h. bereits im Gemeinderat ausdiskutiert und mehrheitsfähig, wird der Einwohnerrat auch im nächsten Jahr eher in einem ruhigen Wasser fahren. Es wäre schön, wenn die Presse auch im nächsten Jahr nur über Horwer Sachgeschäft berichten könnte und nicht über Unstimmigkeiten zwischen dem Parlament und dem Gemeinderat. Wir sind einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1498.

### **Eintreten L2O**

Zum Jahresbericht 2012 möchte die L2O drei Punkte speziell erwähnen:

1. Herzlichen Dank für Ihre Arbeit und das Aufzeigen des Erreichten.
2. Es ist erfreulich, dass von den 29 zu bearbeitenden Punkten 19 zu einem Abschluss kommen konnten.
3. Die L2O ist einstimmig für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1498.

Esther Dissler (CVP)

Jürg Luthiger (CVP)

Hannes Koch (L2O)

### **Eintreten FDP**

Kurz vor Ablauf des politischen Jahres werden, gemäss der Gemeindeordnung, vom Gemeinderat dem Einwohnerrat die Rechnung und der Jahresbericht des vergangenen Jahres zugestellt. In diesem Jahresbericht wird aufgezeigt, welche Ziele, Aufgaben erreicht oder fertiggestellt wurden. Dieser Jahresbericht wird von den Fraktionen geprüft und besprochen. So tat dies auch die FDP-Fraktion mit dem Jahresbericht 2012, dem B+A Nr. 1498. So erlaube ich mir ein paar Bemerkungen der FDP:

- Der Jahresbericht widerspiegelt die stetigen Änderungen und Forderungen im Bildungswesen, sei es baulich, personell oder finanziell. Es ist festzustellen, dass die Gemeinde Horw dabei ist, diesen Forderungen gerecht zu werden.
- Unter der Rubrik "Verkehr" lesen wir unter dem Zielerreichungsgrad "Umgestaltung Bahnhof Horw" "Weiterführung" und sind gespannt, was uns Ende 2013 vorgelegt wird.
- Beim Projekt St. Niklausenstrasse sind wir nicht wirklich einverstanden. Es heisst unter dem Punkt: "Das Projekt wird demzufolge (Volksabstimmung) nicht mehr weiterbearbeitet." Da wurde Anderes versprochen und das kann man nicht einfach schubladisieren.
- Unter 2.18.1, Siedlungsentwässerung, findet die FDP, dass der Zielerreichungsgrad "Abschluss" für das Abwasserpumpwerk erst verdient wird, wenn abgerechnet ist.
- Für das Projekt LuTax war die Gemeinde Horw bereit, als Pilotgemeinde zur Verfügung zu stehen. Die FDP diskutierte, ob Gemeinden, die sich für ein Pilotprojekt zur Verfügung stellen, nicht gewisse Entwicklungskosten an Gemeinden, die davon profitieren, abwälzen können. Im Gegenteil - man sollte das sogar ohne Kosten machen können, wenn man sich als Pilotgemeinde zur Verfügung stellt.

Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit und ist einstimmig für Eintreten und Kenntnisnahme des Jahresberichtes 2012.

### **Eintreten SVP**

Wie aus dem Bericht ersichtlich ist, konnten gewisse Ziele nicht abgeschlossen werden, was sicherlich auch daran lag, dass die Projekte umfangreich und damit zeit- und personalintensiv waren. Ein dringend notwendiges und abgeschlossenes Projekt betrifft gerade das Personal selber. Die Einführung des Absenzenmanagements ab 1. Januar 2013 ist zu begrüssen. Es dient dem Ziel, allfällige Ursachen gesundheitlicher Probleme von Angestellten rechtzeitig zu erkennen und geeignete Massnahmen zu ergreifen, um die Arbeitsfähigkeit der Angestellten langfristig zu erhalten. Dies ist eminent wichtig, gehören doch die Personalkosten zu den grossen Ausgabenbrocken für die Gemeinde.

Ganz wichtig ist ebenfalls die Erstellung des Leistungsauftrages für den Werkdienst mit der Aktualisierung der Leistungserfassung und der Kostenberechnung, welche nun mit den flächenbezogenen Grundlagen des Liegenschaftenkatasters ergänzt werden kann. Auf dieser Grundlage wird es möglich sein, die Leistung des Werkdienstes detailliert auszuweisen, gezielt einzusetzen und ggf. zu verrechnen. Dieses Ziel sollte nach Ansicht unserer Fraktion möglichst im Januar 2013 erreicht werden.

Hinsichtlich den meisten nicht abgeschlossen Projekten erscheint uns eine Weiterführung auf dem skizzierten Weg als sinnvoll. Gewisse Vorbehalte werden wir in der Detailberatung anbringen.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme des B+A und wird sich noch in der Detailberatung äussern.

Herzlichen Dank für die positive Aufnahme und die "Streicheleinheiten", die wir entgegennehmen durften. Den Dank geben wir sehr gerne an alle Mitarbeitenden weiter.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Jasmin Ziegler-Hüppi (SVP)

Markus Hool (FDP)

## Detailberatung

### 2.10.1 Bildung, Oberstufenschulhaus

Aus Sicht der SVP-Fraktion ist es sicher zu begrüßen, dass uns der Gemeinderat in dem Fall einen klaren und straffen Zeitplan vorlegt. Es wird Klarheit geschaffen, was wann bezüglich dem Bau des Oberstufenschulhauses vorgesehen ist. Es darf aber allerdings angemerkt werden, dass wir da einen selten knappen und ambitionösen Zeitplan haben und wir sind aus unserer Sicht sehr gespannt, wie das im November 2013 dem Volk vorgelegt wird.

Reto von Glutz (SVP)

### 2.14.3 Sozialhilfe, Workfare-Prinzip

Offenbar ist der Aufwand für die Vermittlung der Leute sehr gross, geeignete Arbeitsplätze zu finden. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Horwer Unternehmen von dem Projekt noch gar nichts wissen. Es wäre evtl. eine Möglichkeit, einmal an einer Generalversammlung vom Gewerbeverein oder der Herbstversammlung, das Projekt vorzustellen.

Roland Bühlmann  
(SVP)

### Abstimmung:

**Der Jahresbericht 2012 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Heiri Niederberger  
(CVP)

## 4. Bericht und Antrag Nr. 1502 Jahresrechnung 2012

### Eintreten GPK

Die vorliegende Rechnung 2012 schliesst um rund 3.1 Mio. Franken positiver ab als budgetiert. Einem Ertrag von rund 97 Mio. Franken steht ein Aufwand von rund 95,6 Mio. Franken gegenüber, das ergibt einen Gewinn von 1'388'991.81 Franken. Der Aufwand ist mit 8.12 % Mehrkosten vom Budget abgewichen. Mehreinnahmen bei den Sondersteuern haben dazu geführt, dass die Erträge um 11.94 % höher ausgefallen sind als budgetiert. Dank den höheren Erträgen und dem Verkauf des Baufelds G konnte Liquidität generiert werden, die für die Rückzahlung von Darlehen gebraucht werden konnte. Das hat zur Folge, dass vor allem die Kennzahl der Verschuldung massiv gesunken ist.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Die GPK möchte folgende Punkte zur Jahresrechnung 2012 festhalten:

- Beim vorliegenden B+A hat sich ein Fehler eingeschlichen. Bei den Vergleichszahlen zur Rechnung 2011 sind die Zahlen der Rechnung 2010 aufgelistet. Die neuen Ausdrucke der angepassten Seiten 9 bis 16 liegen jetzt auf dem Tisch.
- Wie schon in anderen Jahren wurden einige Positionen nicht am gleichen Ort verbucht wie im Budget vorgesehen. Dies hat zur Folge, dass wenige Zahlen nicht überall verglichen werden können. Die grösste Abweichung zum Budget zeigen die Umlagen der Lohnkosten. Eine genauere Zuteilung der Kosten auf Projekte gemäss Leistungserfassung und die neue Zuteilung der internen Kosten hat dafür in der Rechnung eine genauere Aussage zur Folge.
- Das Kirchfeld hat einen Gewinn von rund 1 Mio. Franken erwirtschaftet. Dieser Gewinn wurde der Spezialfinanzierung gutgeschrieben. Etwas zu diesem Gewinn hat sicher auch eine Taxanpassung in der Pflege und die immer noch vakanten Stellen des Fachpersonals beigetragen.
- Und jetzt ein Punkt, den ich schon letztes Jahr in meinem Eintreten erwähnt habe: Wie schon letztes Jahr wurden einige Investitionen nicht realisiert. Dank dieser Tatsache und auch dank dem Ertragsüberschuss sehen die Kennzahlen jetzt besser aus als noch prognostiziert. Die etwas besseren Kennzahlen heissen aber nicht,

dass Entwarnung gegeben werden kann. Wir sind gespannt auf den Finanz- und Aufgabenplan und dann auch auf das Budget. Es wird sich dann zeigen, wie sich der positive Trend fortsetzt und wie stark die Verschuldung wieder ansteigt.

Die GPK möchte sich bei allen beteiligten Stellen für die geleistete Arbeit bedanken. Speziell erwähnen möchten wir, dass Meinrad Hermann eine sehr gute Arbeit geleistet hat. Unsere Fragen wurden kompetent beantwortet, was zu einer effizienten GPK-Sitzung beigetragen hat. Die GPK schliesst sich der Empfehlung der Revisionsstelle an, die Rechnung zu genehmigen. Zur Verbuchung des Ertragsüberschusses wird die GPK einen Antrag stellen.

### **Eintreten BVK**

Die BVK hat die Jahresrechnung 2012 in bau- und verkehrsrelevanten Belangen beraten. Es ist ein ausführliches Buch mit 147 Seiten, das Auskunft gibt, wie sinnig oder zum Teil unsinnig die Gemeinde Horw ihr Geld ausgegeben und im Gegenzug für Ihre Dienstleistungen Erträge generiert hat. Die BVK hat sowohl die Einnahmenseite wie auch die Ausgabenseite der Positionen Verkehr, Raumplanung, Tiefbau und Immobilien betrachtet. Durchwegs positiv ist uns aufgefallen, dass gegenüber dem Budget Einsparungen respektive Minderausgaben zu verzeichnen sind.

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

### Verkehr

Beim ruhenden Verkehr konnten durch vermehrte Kontrollen mehr Benützungsgebühren eingenommen werden. Dies obschon der Aufwand für die Kontrollen angefallen ist.

### Raumplanung

Hier ist noch ein grosser Betrag offen, der aber erst nach Abschluss des Perimeterverfahrens den einzelnen Grundeigentümern in Rechnung gestellt werden kann. Weiter besteht noch eine grosse Ungewissheit bezüglich Eventualverpflichtung Mergelgrube Grisigen.

### Tiefbau

Hier ist erfreulich, dass einige Posten unter dem Budgetbetrag abgeschlossen werden konnten und dies ohne jegliche Qualitätseinbusse, z.B. bei der Sanierung der Bootspfähle Seebad. Bei der Siedlungsentwässerung wurden aufgrund der Sanierung Pumpwerke keine Anschaffungen getätigt. Infolge reger Bautätigkeit konnten mehr Wasser- und Abwasseranschlussgebühren generiert werden.

### Immobilien

Im Allgemeinen wurde festgestellt, dass bei Mieterwechseln dieses Jahr grössere Beträge für die Instandstellung/Renovationen der Wohnungen angefallen sind, so z.B. 10'000 Franken beim Roseneggweg 2, 23'000 Franken beim Sonnsyterain 4 und 54'000 Franken beim Obermatt. Weiter musste ohne Voranmeldung ein Leck in einer Jaucheleitung und ein Riss im Güllenloch der Liegenschaft Roggernstrasse 2 für über 100'000 Franken repariert werden.

Was für die BVK unverständlich ist, sind die enormen Unterhaltskosten für die Schnittzelheizung im Kirchfeld im Betrag von 19'000 Franken. Wenn man das umrechnet, hätte man dafür 19'000 l Heizöl einkaufen können. Dies darf nicht einfach so hingenommen werden und bei künftigen Projekten muss aus unserer Sicht genau hingeschaut werden, wie die Nachhaltigkeit bei solchen Feuerungen ist.

Einmal mehr mussten im Schulhaus Spitz beim Schwimmbad kostspielige Anpassungen vorgenommen werden. Seit für die Wasserqualität des Schwimmbeckens das Lebensmittelinspektorat zuständig ist, d.h. das Wasser kann auch getrunken werden, musste eine Filteranlage eingebaut werden.

Lobenswert ist, dass vermehrt Aufträge unter dem Budget vergeben werden konnten und somit die Rechnung weniger belasten.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten, Genehmigung der Jahresrechnung und für die Verwendung des Überschusses gemäss Antrag vom Gemeinderat.

### **Eintreten GSK**

Die GSK hat alle für sie relevanten Positionen besprochen. Gestatten Sie mir, auf einige Punkte zurückzukommen.

Jörg Conrad (SVP)

Im Vormundtschaftswesen ist ein neues Umlagesystem eingeführt worden. Die einzelnen Dienstleistungen sind auf die entsprechenden Departemente ab- resp. umgewälzt worden. Durch das Umlagesystem ist der Vergleich in den letzten Jahren schwierig geworden. Erst im nächsten Jahr kann ein besserer Überblick Auskunft über bestimmte Positionen geben. Trotzdem kann aber festgestellt werden, dass sich gegenüber der Budgetierung 2012 die Vollkosten um 100'000 Franken reduziert haben, was wiederum sehr erfreulich ist.

Ganz ähnlich sieht es im Gesundheitswesen aus. Die knappe Erhöhung von 9'000 Franken basiert auf der Tatsache, dass die Kosten bei der Kinderspitex und den privaten Anbietern zu tief budgetiert worden sind. Die Gemeinde ist aber verpflichtet, einen Teil der Leistungsgruppen zu finanzieren.

Bei der Pflegefinanzierung sieht es etwas anders aus. Der effektive Pflegebedarf ist sehr schwer einzuschätzen, weil schon Mitte des Jahres das Budget erstellt wird. Leider ist es unvorhersehbar, wie sich die Pflegekosten in der Gemeinde entwickeln werden. Das RAI- und das BESA-Verordnungssystem kann nicht mehr miteinander verglichen werden, man hat von Berechnungspunkten auf Berechnungsminuten umgestellt. Die Zukunft wird zeigen, welches System sich besser bewährt. Zudem ist zu erwähnen, dass die Taxen aufgrund von vorgegebenen Kostenrechnungen nach oben angepasst werden mussten. Die Erhöhung von rund 1 Mio. Franken für Pflegekosten ist viel, aber somit auch erklärbar.

Erfreulich ist die Tatsache, dass das Haus für Betreuung und Pflege bei der Selbstfinanzierung selbsttragend ist. Trotzdem mussten Sanierungen vorgenommen werden, und zwar Heizungsreparaturen und eine Flachdachsanieierung, was die knappen 100'000 Franken Mehrkosten rechtfertigt. Aufgrund von Krankheitsfällen und der Zunahme der Pflegefälle mussten die Stellen im administrativen Bereich um 60 % aufgestockt werden.

Bei den Ergänzungsleistungen und den Familienzulagen entspricht das Resultat den Erwartungen. Erstmals sind für den Vollzug die internen Personalkosten umgelagert worden. Ein- und Ausgaben halten sich mit einem Unterschied von wenigen Franken die Waage.

Bei Familie plus musste eine Erhöhung akzeptiert werden, da einerseits die Rechnung für den Mittagstisch zu spät von der Kirchengemeinde gestellt wurde und andererseits aufgrund von hohen Abzugsmöglichkeiten mehr Kinder von Betreuungsgutscheinen profitieren konnten. Die Nachfrage nach Betreuungsgutscheinen ist generell gestiegen, das steuerbare Einkommen rechtfertigt eine Bezugsberechtigung bis zu einem steuerbaren Einkommen von 70'000 Franken. Auf Ende 2012 sind Zahlungen für 30 Kinder oder 12 Familien erfolgt. Weitere Mehrausgaben verursacht die Anmietung von neuen Räumen.

Über das Ganze gesehen ist recht gut gewirtschaftet worden, die Mehrausgaben halten sich im Rahmen und sind, wie bereits erwähnt, erklärbar.

Die GSK dankt dem Departement und seinem Vorsteher und dem Gemeinderat für den umsichtigen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzen. Die GSK nimmt den Jahresbericht einstimmig zur Kenntnis und ist für Eintreten.

### **Eintreten CVP**

Die CVP hat vom unerwartet positiven Rechnungsergebnis erfreut Kenntnis genommen und die im vorgelegten B+A erkennbaren Entwicklungen beraten.

Markus Bider (CVP)

Aus den positiven Entwicklungen scheinen uns folgende Aspekte erwähnenswert:

Auf der Einnahmenseite profitiert die Gemeinde von der guten Konjunkturlage, welche zu einem ansprechenden Steuerkraftwachstum und positiven Wanderungssaldo führt. Der Voranschlag wird bei den ordentlichen Steuereinnahmen übertroffen und das Vorjahresergebnis in absoluten Zahlen fast egalisiert. Dies trotz den durch die kantonale Steuergesetzrevision umgesetzten Steuersenkungen bei den Unternehmenssteuern.

Die weiterhin historisch tiefen Zinsen, gepaart mit der guten Konjunktur führen zu Überhitzungserscheinungen auf dem Grundstücks- und Wohnungsmarkt, wodurch die Gemeinde aufgrund höheren Grundstücksgewinnsteuern und reduzierten Zinskosten stark profitiert. Die Kehrseite dieser Gewinne der Gemeinde sind steigende Wohnkosten und Wohnungsmangel für die Bevölkerung.

Auf der Ausgabenseite zeigt sich erneut, dass die Exekutive ihre Managementfunktion wirkungsvoll wahrnimmt. Die sehr überschaubaren Abweichungen im Personalbereich sind nachvollziehbar begründet. Der Verzicht auf die Krankentaggeldversicherung führt zu tieferen Kosten bei den Versicherungsaufwendungen, jedoch auch zu Mehrkosten im Krankheitsfall. In diesem Detailaspekt wäre eine vertiefte Kostennutzenrechnung in der nächsten Rechnungsperiode wünschenswert.

Erfreut und teilweise auch mit Genugtuung haben wir von den Minderaufwendungen gegenüber Budget und Vorjahr im Bereich der Sachaufwendungen, insbesondere Unterhalt und Dienstleistungen, Kenntnis genommen.

In diesem Sinne bedanken wir uns bei allen Mitarbeitenden der Verwaltung und beim Gemeinderat für einen haushälterischen Umgang mit den Mitteln, insbesondere möchten wir auch die gute Planungsqualität und immer transparentere Rechnungslegung hervorheben.

Nicht zu vergessen ist, dass der Einwohnerrat bereits früher die Weichen so gestellt hat, dass Gewinne aus Liegenschaftsverkäufen in Vorfinanzierungen und nicht ins Rechnungsergebnis überführt werden. Die Buchgewinne von 9.6 Mio. Franken aus dem Verkauf des Baufeldes G sind in der Rechnung neutralisiert und manifestieren sich nun hauptsächlich im Rückgang der Fremdverschuldung, weil durch den Verkauf die Rückzahlung von 10 Mio. Franken Bankschulden möglich wurde. Als Wermutstropfen haben wir in der CVP zur Kenntnis genommen, dass als Folge dieses Gewinns nun eine Erhöhung der Lasten im kantonalen Finanzausgleich ansteht.

Wo Licht ist, ist auch Schatten oder es ist nicht alles Gold was glänzt. Im Vordergrund der unerfreulichen Entwicklungen steht der Rückstand in der Investitionsrechnung von 16 Mio. Franken, welche für die Umsetzung von vermeintlich baureifen Projekten bereitgestellt wurden und wovon nur 5 Mio. Franken realisiert wurden. Die grösste Einzelposition liegt hier in der Verzögerung der vom Volk bereits im Vorjahr genehmigten Sa-

nierung des Gemeindehauses. Eine nachvollziehbare Begründung für die Verzögerung auf die Marschtabelle fehlt in der Rechnung. Aus dieser und anderen Verzögerungen ergibt sich erhöhter Arbeitsdruck für Teile der Verwaltung in den kommenden Jahren. Es wird notwendig sein, einige grosse Bauprojekte parallel abzuwickeln, wodurch die personellen Ressourcen sehr stark belastet werden, worunter die Qualität und allenfalls das Arbeitsklima leiden könnte.

Mit Sorge beobachten wir die Steigerung der Aufwendungen aufgrund kantonalen Leistungserhöhungen (Stichwort IF) und Lastenverschiebungen (Stichwort Pflegefinanzierung). Horw kann diese Verschiebungen vorerst zwar besser absorbieren als viele Nachbargemeinden. Wir sehen die Folgen der Politik der kantonalen Verantwortlichen, welche Leistungen beschliessen, deren Finanzierung dann anderen überlassen und schliesslich - das zeigen die anhaltend hohen Abweichungen zu den Plänen - nicht einmal in der Lage sind, belastbare Planvorgaben bereitzustellen. Diese schleichende Erosion der Gemeindeautonomie ist bedauerlich und wir hoffen auf gelegentliche Einsicht der Kantonsräte.

Intensiv hat die Fraktion die Rechnung des Hauses für Betreuung und Pflege diskutiert. Es fällt auf, dass die Rechnung, welche im Jahr 2008 erstmals leicht positiv war, in den letzten beiden Jahren einen Überschuss von rund 1 Mio. Franken aufweist. Inwieweit ein anhaltender Überschuss in dieser Grössenordnung politisch wünschenswert und sachlich gerechtfertigt ist, ist aus unserer Sicht in näherer Zukunft zu klären.

Für die kommenden Jahre ist im Hinblick auf das Potenzial von "horw mitte" vorerst mit einer Fortsetzung der hohen Kadenz im Grundstücks- und Liegenschaftshandel zu rechnen. Das Steuerkraftwachstum ist mit 2.2 % erfreulich, liegt jedoch hinter den Werten, welche dem aktuellen Finanz- und Aufgabenplan zugrunde gelegt sind.

Die Finanzkennzahlen bewegen sich dank der vielen Sondereffekte für einmal alle im grünen Bereich. Ob die Gemeinde nun nach dem zweiten ungeplant positiven Abschluss in Folge eine Trendwende weg vom strukturellen Defizit der Jahre bis 2010 geschafft hat, wird der nächste Finanz- und Aufgabenplan zeigen. Das Budget 2013 geht - wie wir wissen - unverändert von einem negativen Rechnungsergebnis aus.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Annahme des B+A und unterstützt den Antrag der GPK.

### **Eintreten L20**

Konrad Durrer (L20)

Bei einem positiven Rechnungsabschluss gibt es meist wenig zu bemerken, die L20 hat die Rechnung aber trotzdem genau studiert.

Auch uns ist aufgefallen, dass die Horwer Rechnung nur dank ausserordentlichen Erträgen bei den Sondersteuern so gut ausgefallen ist. Da gilt es nicht übermütig zu werden. Die normalen Gemeindesteuern haben nur dank grösseren Einnahmen in letzter Minute den Zielwert erreicht. Da gilt es vorsichtig zu bleiben.

Das Delkredere für Steuerausfälle ist um 338'000 auf 743'000 Franken erhöht worden. Dass grössere Steuerbeiträge vorsichtigerweise zur Abschreibung reserviert worden sind, ist buchhalterisch zwar sinnvoll, aber für die normalen Steuerzahler, die ihre Steuern pünktlich zahlen, ärgerlich. Wohnen doch diese Leute, wo grössere Steuerausstände haben, meist an privilegierter Lage und führen möglicherweise ein Leben in Saus und Braus, aber am Ende können sie nicht einmal ihre Steuern zahlen. Könnte vielleicht ein Steuerinspektor statt ein Sozialinspektor für Horw mehr Nutzen bringen?

Die Ausgabendisziplin von den Gemeindebehörden sei auch einmal lobend erwähnt, ist doch z.B. der Sachaufwand bei Verbrauchsmaterialien um 11 % unter dem Budget geblieben und nur minimal gestiegen. Die glänzende Beurteilung der Rechnungsführung, besonders mit der Spezialprüfung Kirchfeld durch die externe Revisionsstelle zeigt auf eine grosse Kompetenz im Horwer Finanzwesen hin. Wir danken für diesen Einsatz allen beteiligten Personen, insbesondere Meinrad Herrmann.

Für die zukünftige Vergleichbarkeit und Transparenz gegenüber dem Parlament fordern wir aber, dass jetzt genug der Anpassungen und internen Verrechnungen gemacht sind und jetzt mal über ein paar Jahre wieder Konstanz Einzug halten sollte. Und die Investitionsrechnung habe ich noch fast vergessen. Oder hat die Gemeinde vergessen zu investieren? Wir erwarten – und rechnen dabei mit der Unterstützung aller Parteien – dass die geplanten Investitionen nun endlich umgesetzt werden, damit nicht ein völlig verzerrtes Bild über die langfristige Lage von den Gemeindefinanzen entsteht, wie z.B. bei der Kennzahl Pro-Kopf-Verschuldung.

Und übrigens: Man könnte auch das Personal durchaus wieder einmal am guten Rechnungsergebnis durch eine angemessene Lohnerhöhung teilhaben lassen.

Wir sind für Eintreten und unterstützen die Anträge der GPK.

#### **Eintreten FDP**

Auch die FDP-Fraktion ist über die ausserordentlichen Erträge erfreut, welche – wie bereits im Vorjahr – das budgetierte Minus in ein Plus umwandeln. Die positive Abweichung kommt aber ausschliesslich durch nicht wiederkehrende Sondereffekte zu Stande. Die Erträge liegen, wie bereits im Vorjahr - bei Grundstücksgewinn-, Handänderungs- und Erbschaftssteuer massiv über dem Budget und auch bei den Straf- und Nachsteuern wurde das Budget bzw. das Vorjahr übertroffen.

Bei den Ausgaben wiegt nach wie vor die Pflegefinanzierung schwer, welche wiederum knapp 1 Mio. Franken höher als budgetiert ausfiel; ebenso steigen die Personalkosten bei der Schule aufgrund der Vorgaben des Kantons wie z.B. Integrative Förderung. Aufgrund zahlreicher Kreditüberträge vom 2011 wurden bilanzpolitische Massnahmen verfolgt, sodass das Bild der Bilanz gegenüber dem Leser besser aussieht; man kann dazu auch sagen Bilanzkosmetik oder vielleicht sogar ein wenig Verschleierungstaktik. Das bedeutet auch, dass die Ausgaben aufgrund einer mittel- bis langfristigen Planung für Ersatzinvestitionen ausgeglichener eingesetzt werden sollten. Die Planungskosten, z.B. für den Busterminal erscheinen uns sehr hoch.

Die jährlich wiederkehrende Umstrukturierung bei der Rechnung gegenüber dem Budget darf nicht mehr vorkommen. Dies ist für uns Milizparlamentarier nicht nachvollziehbar und es ist nicht sehr vertrauensbildend, wenn immer wieder diverse Umstellungen vorgenommen werden.

Diverse Kosten beim Gebäudeunterhalt im Finanz- und Verwaltungsvermögen sind deutlich über Budget. Hier besteht anscheinend grosser Nachholbedarf. Auch bei der Schnitzelheizung im Kirchfeld ist für uns ein wenig fragwürdig, wie es zu dem grossen Kostensprung kommen konnte.

Bei den Investitionen wurden bei Weitem nicht die geplanten Arbeiten ausgeführt. Einzelne Objekte wurden nach hinten geschoben. Nachdenklicher stimmen die FDP-Fraktion die Planungsruinen der beiden Strassenprojekte St. Niklausen- und Kastanienbaumstrasse, welche mit rund 340'000 Franken zu Buche schlagen. Hier muss der Einwohnerrat klar mehr Verantwortung übernehmen und nicht erst, nachdem die Kosten angefallen sind.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und Genehmigung, inkl. des GPK-Antrags, vom B+A.

Urs Röllli (FDP)

### **Eintreten SVP**

Erfreulicherweise – wir haben es von meinen Vorrednern schon gehört – ist die Rechnung 2012 weit besser ausgefallen als budgetiert. Allerdings ist dies – wir haben es ebenfalls gehört – kein Grund zum Aufatmen.

Ursache für den verbesserten Abschluss ist unter anderem ein höherer Ertrag bei den Sondersteuern, vor allem im Bereich der Grundstückgewinnsteuer. Diese Steuereinnahmen sind praktisch weder plan- noch beeinflussbar.

Erneut sind es die Kosten im Zusammenhang mit der Pflegefinanzierung sowie der Schule, Stichworte IF, Arbeitsplatz Schule, die von der Gemeinde ebenfalls nicht beeinflussbar sind, die Gemeinderechnung aber massiv belasten.

Der Ertrag aus den ordentlichen Steuern wurde im Budget relativ genau vorhergesehen, wobei sozusagen im letzten Moment noch ein ausserordentlich hoher Ertrag dazu beigetragen hat, dass das Ergebnis mit den Erwartungen übereinstimmt. Umgekehrt haben wir zwei erhebliche Steuerausfälle zu beklagen. Ob das wirklich ein Grund wäre, einen Steuerinspektor einzusetzen, wollen wir offen behalten, es ist allerdings bedenklich, dass trotz guter Konjunktur Steuerausfälle in so einem grossen Ausmass möglich gewesen sind. Das heisst auch, dass wir weiterhin bei den ordentlichen Steuern wachsam sein müssen und nicht allzu optimistisch budgetieren sollten. Immerhin lässt sich erfreulicherweise konstatieren, dass die Ausgabendisziplin der Verwaltung gestimmt hat.

Werden alle Faktoren, die zum nun vorliegenden Ergebnis geführt haben gewichtet, ist offensichtlich, dass keinerlei Grund zu übermütiger Euphorie besteht. Aber dessen sind sich alle hier Anwesenden, inklusive der Gemeinderat, bewusst.

Dies ist auch aus der Beurteilung der Selbstfinanzierung der Gemeinde Horw ersichtlich: So wurde der grundsätzlich sehr gute Wert nur dank des Verkaufs des Grundstückes Baufeld G sowie einer sehr tiefen Netto-Investitionsrate erfüllt. Das Budget sah noch Nettoinvestitionen von beinahe 14 Mio. Franken vor – zahlreiche Projekte wurden nicht realisiert bzw. die Realisierung wurde verschoben, sodass die dafür notwendigen Aufwendungen die Rechnung künftiger Jahre belasten wird. Die künftig anstehenden Investitionen könnten nur dann ohne Neuverschuldung finanziert werden, wenn der Bruttoüberschuss (vor Abschreibungen) 6 bis 7 Millionen Franken betragen würde - und das ist bei Weitem nicht der Fall. Faktisch lebt die Gemeinde momentan von den Reserven. Es ist daher absehbar, dass sich in den kommenden Jahren, in denen sich der Investitionsbedarf erhöhen wird, das Rechnungsergebnis wieder verschlechtern wird. Ohne neue Verschuldung lässt sich der künftige Investitionsbedarf nicht finanzieren.

Die hohen Erträge aus den Sondersteuern, die tiefe Nettoinvestitionsrate sowie die Vergrößerung des Finanzvermögens infolge der Verschiebung des Schulhauses Biregg und des Ökihofs in das Finanzvermögen haben mit dazu beigetragen, dass Horw bei den Verschuldungskennzahlen die kantonalen Vorgaben erfüllt, wobei absehbar ist, dass diese Kennzahl sich wieder verschlechtert, weil erhebliche Investitionen anstehen und der Selbstfinanzierungsgrad sich kaum nachhaltig im notwendigen Grad verbessern lassen wird.

Bei der Darstellung der Rechnung fällt auf den ersten Blick auf, dass die Kostenstelle Personal aufgelöst wurde. Bei den Lohnkosten erfolgt nun neu eine genaue Zuteilung der Kosten auf die Projekte gemäss Leistungserfassung, zuzüglich der zugeteilten internen Kosten. Die Positionen „Interne Verrechnungen“ gleichen sich daher unter dem Strich aus. Diese neue Berechnungsmethode soll ermöglichen, die Kosten eines Arbeitsplatzes genauer ausweisen zu können und kann künftig wohl auch eine Grundlage für den Entscheid, ob gewisse Arbeiten intern erbracht oder auswärtig vergeben werden

Astrid David Müller  
(SVP)

sollen, bilden. Die gewonnene Transparenz ist sicherlich zu begrüßen, wobei darauf geachtet werden muss, dass sich der Aufwand für die Erfassung der Personalkosten in vernünftigen Grenzen hält. Denn der perfekte Schlüssel, welcher allen relevanten Faktoren genau Rechnung trägt, wird sich wohl kaum finden lassen.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird sich gegebenenfalls in der Detailberatung zu einzelnen Punkten äussern.

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme der Rechnung 2012. Der Gemeinderat freut sich, dass Sie sich so intensiv mit der Rechnung auseinandergesetzt haben und es zeigt sich auch an Ihren Voten, dass Sie genau wissen, wo die Wunden, aber auch die erfreulichen Punkte der Rechnung liegen.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Selbstverständlich sind Verbesserungen immer möglich und wir sind auch bereit, diese entgegenzunehmen, sei es durch die GPK, die Fraktionen oder durch Einzelvoten im Rat. Man kann immer besser werden und an konstruktiver Kritik kann man ja auch wachsen.

Wir sind jedoch auch froh, dass wir in unserer Gemeinderechnung nicht die Suppe im Haar, sondern das Haar in der Suppe suchen müssen. Tatsächlich dürfen wir bei der Rechnung 2012 von einem erfreulichen Resultat sprechen, mit einem Überschuss in unerwarteter Höhe. Ein Überschuss anstelle eines budgetierten Defizits. Ich betone gerne zum wiederholten Mal: Der Überschuss resultiert nicht aus den getätigten Liegenschaftsverkäufen! Das ist bei anderen Gemeinden möglicherweise anders und es ist wichtig zu wissen, dass wir so nicht allfällige Defizite decken mussten.

Wir sind bei den meisten Positionen der Rechnung auf Kurs und das heisst, die Verwaltung hat gegenüber dem Budget Ausgabendisziplin walten lassen. In der Tat hätten die nicht beeinflussbaren Kosten ein Defizit verursacht, zumal die ordentlichen Steuern ziemlich genau budgetiert worden sind. Vor allem die Sondersteuern haben geholfen, das drohende Defizit in einen Überschuss zu verwandeln.

Mit Bezug auf die Umlagen und internen Verrechnungen erinnere ich daran, dass wir unsere Rechnungslegung noch nicht so lange auf die Kostenrechnung KORE umgestellt haben. Auch wir müssen uns, zusammen mit Ihnen, an diese Rechnungslegungsart herantasten. Der Gemeinderat hat Verständnis dafür, dass die wiederholten Änderungen für Sie zum Teil schwierig nachvollziehbar sind. Tatsächlich wird es letztlich auch zu einer Frage der gewünschten Aussagegenauigkeit und zu einer Frage des Aufwands und Ertrags. Wir werden bemüht sein, die Änderungen in Grenzen zu halten, bitten aber dennoch um Verständnis, wenn es trotzdem hin und wieder Anpassungen gibt, die eine genauere Aussage über die Vollkosten erlauben.

## **Detailberatung**

### **520800 Musikschule allgemein, S. 56**

Zur Musikschulraumplanung möchte ich gerne erfahren, wo die Schulräume geplant sind und wie das Controlling der dezentralen Schulräume vor sich gehen wird. Der Gemeinderat und die Musikschulleitung wissen, dass betreffend Zeitbeginn und Einhaltung der Unterrichtslektionen diverse Reklamationen vorliegen.

Jörg Conrad (SVP)

Die Schulraumplanung wurde letztes Jahr durch eine externe Firma gemacht und in der Zwischenzeit wurde auf dieser Basis auch das Konzept erarbeitet. Es wurde eine Analyse gemacht, bei der die einzelnen Räume nach der Qualität beurteilt wurden und das wurde als Grundlage für die benötigte Kapazität genommen, wobei wir alle Planungen auf das Szenario Horw 2000plus ausrichten. Das Konzept wurde, wie bereits erwähnt,

Markus Hool (FDP)

fertiggestellt und Sie werden dieses im Juni, im Zusammenhang mit dem Kopfbau Ost, in dem ein Teil der öffentlichen Nutzung für Musikschulräume reserviert ist, erhalten.

Die Zuteilung der Räume findet jährlich aufgrund der Nachfrage statt und das ergibt eine Zuordnung pro Schulzimmer. Dabei sind natürlich Zeiten einzuhalten und je nach Gebäude sind wir bei den Zeiten eingeschränkt. Wir sind aber auch aufgrund der Schulzeiten beschränkt, da bei den Kindern der Musikschulunterricht erst am Nachmittag beginnen kann.

Die Skepsis liegt darin, dass die Schulräume dezentral sind. Das Kontrollsystem muss besser sein als es bis dato war.

Jörg Conrad (SVP)

#### **520830 Musikschulangebote, S. 57**

Im Kommentar heisst es, dass keine Sponsoren gefunden werden konnten. Nachdem wir in der Schule Wettbewerbspreisträger haben, stelle ich die Frage, ob ein Sponsoringkonzept erstellt worden ist und wenn ja, was den Sponsoren und Unterstützern als Gegenleistung angeboten werden kann.

Jörg Conrad (SVP)

Wir haben ein Sponsoringkonzept erarbeitet. Dabei hatten wir primär im Auge, für unsere zwei Jugendensembles Sponsoren zu finden, die das ganze Jahr als Sponsor tätig sind. Durch die verschiedenen Auftritte der Ensembles hätte es Möglichkeiten gegeben, die Sponsoren nach aussen bekannt zu machen, aber das hat nicht geklappt. Wir haben jetzt immer wieder eine neue Situation, Sie haben diese gerade angesprochen, aber ob das eine Chance hätte, um Sponsoren zu finden, sei dahingestellt. Aber ich nehme die Anregung gerne entgegen.

Markus Hool (FDP)

#### **5802 Tourismus, S. 95**

Angesichts der Tatsache, dass das Budget für den Tourismus klein ist, stellt sich für mich die Frage, ob es überhaupt richtig ist, dass Horw allein, als nicht gerade ein Tourismusmagnet der Sonderklasse, im Alleingang den Tourismus organisieren und pflegen soll oder ob eine Kooperation mit Kriens oder ein Anschluss an die Stadt Luzern nicht besser wäre, damit das effizienter funktionieren kann. Ich denke, da könnten erhebliche Synergien genutzt werden .

Jörg Conrad (SVP)

Die Bemerkung ist richtig und darum ist auch das Budget für den Tourismus sehr klein. Früher hat man solche Alleingänge gemacht, man hatte z.B. auch eine eigene Auskunftsstelle, Prospekte gedruckt usw. und heute ist das überregional organisiert. Von daher läuft das Tourismusressort auf relativ bescheidenem Niveau, wir haben aber im Sinn, Überlegungen anzustellen, wie man ganz spezifische Sachen in Horw besser positionieren könnte oder zumindest herauschälen könnte und nachher im Gesamtkontext besser darzustellen. Aber wir haben nicht im Sinn, die Budgetposition gross aufzublähen.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Der Tourismus hat auch eine Rückwirkung auf unsere Raumplanung. Wir haben entsprechende Zonen, die wir freigehalten haben und es ist noch nicht bei allen klar, wie es weitergehen soll.

#### **400101 Sanierung Gemeindehaus, S. 118**

Ich würde gerne erfahren, warum der Arbeitsfortschritt derart bescheiden ausgefallen ist und was da an offenbar unvorhersehbaren Tatsachen zutage getreten ist, dass man das nicht vorantreiben konnte.

Markus Bider (CVP)

Ich bin seit dem 1. September 2012 im Amt und ich kann Ihnen nur das Gleiche erzählen, was ich das letzte Mal schon in der Fragestunde gesagt habe. Ich gehe davon aus, dass ich Ihnen das ersparen darf. Was zu der Situation geführt hat, dazu kann und will ich nicht Stellung nehmen. Wenn Sie mehr Auskunft möchten, müssen Sie halt noch einmal fragen, dann nimmt vielleicht jemand anderes dazu Stellung.

Robert Odermatt  
(SVP)

Offenbar bekommen wir keine Antwort.

Markus Bider (CVP)

Der andere Aspekt, der mir allenfalls wesentlich erscheint, ist die Ballung von Projekten, die sich mit dem Oberstufenschulhaus, Strassen, Ortskern usw. immer mehr komprimiert. Ist die Einschätzung vom Gemeinderat, dass die personellen Ressourcen in den nächsten zwei bis drei Jahren ausreichen, um die Projekte parallel abzuwickeln?

Es ist in der Tat so, dass sich jetzt eine Ballung zusammenbraut und die Frage ist daher völlig berechtigt. Wir haben im Moment im Gemeinderat und im Kader, das sich sehr intensiv mit den Projekten auseinandersetzt, genau das Problem und das wird sich dann natürlich in der Umsetzung auf andere Personen "weiterverpflanzen". Gegenwärtig zeichnet sich ab, dass wir wissen, wann welches Projekt kommt und dann können wir nachher auch in die Feinplanung und die Ressourcenplanung gehen.

Markus Hool (FDP)

#### **Anhang II, Kontrolle über die Investitionen und die Sonderkredite**

Die GPK stellt den Antrag, für die beiden Vorprojekte "Kastanienbaumstrasse - Buholz bis Schwanden" und "St. Niklausenstrasse - Tannegg bis Langensand" (Konto 462005 und 462006) eine ausserordentliche Abschreibung in der Höhe von 340'595.80 Franken vorzunehmen.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Das Volk hat beide Strassenprojekte abgelehnt. Die GPK ist der Meinung, dass künftige Rechnungen mit den Abschreibungen auf die Projekte entlastet werden sollten. Auch wenn irgendwann hinsichtlich der beiden Strassen wieder etwas geplant werden muss, sollte die Planung wieder neu begonnen werden.

Der Gemeinderat opponiert nicht gegen den Antrag. Die zwei Vorprojekte, die jetzt nicht realisiert werden, sind Planungsleichen in unserer Rechnung und da ist es nicht schlecht, wenn man einen Strich darunter ziehen kann. Auch aus dem Grund, weil wir im Zusammenhang mit der Sanierung der Kastanienbaumstrasse, und vielleicht später auch einmal der St. Niklausenstrasse, offen an neue Lösungen herangehen und ohne von bisherigen Projekten belastet zu sein. Das soll aber nicht heissen, dass man nicht auf die Erfahrungen oder gewisse Planungsteile wieder zurückgreifen kann.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Ich mache noch auf die buchhalterischen Folgen aufmerksam. Wir können die Rechnung nicht mehr ändern, denn diese wurde bereits so revidiert. Das bedeutet, dass wir dieses Jahr die Zuweisung an das Eigenkapital machen werden, aber im nächsten Jahr gerade wieder unmittelbar entnehmen und die Abschreibung vornehmen werden.

#### **Abstimmung:**

Antrag der GPK, für die beiden Vorprojekte "Kastanienbaumstrasse - Buholz bis Schwanden" und "St. Niklausenstrasse - Tannegg bis Langensand" (Konto 462005 und 462006) eine ausserordentliche Abschreibung in der Höhe von 340'595.80 Franken vorzunehmen.

Heiri Niederberger  
(CVP)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**Rückkommen auf Bilanz, S. 134**

Die Pos. 228201, Spezialfonds Verpflichtung öffentliche Schutzräume, hat um 1.492 Mio. Franken abgenommen. Mich würde interessieren, warum dort so viel Geld abgeflossen ist. Andererseits heisst es auf Seite 48, wo der Zivilschutz behandelt wird, dass seit dem 1. Januar 2012 der Kanton die Ersatzbeiträge einkassiert. Ist das jetzt der Modus Operandi, dass der Kanton für die ganzen Aufgaben zuständig ist?

Thomas Zemp (CVP)

Es ist richtig, dass die Abgaben jetzt vom Kanton einkassiert werden, d.h. nicht mehr in die Gemeindekasse fließen. Wir können daraus aber Geld für Erneuerungen, nicht für den normalen Unterhalt, anfordern.

Robert Odermatt (SVP)

Betreffend der Verbuchung wird Ihnen Herr Jung Auskunft geben können.

Ich meine, dass der Kanton für die Ersatzabgabe für sich ein Konto führt. Wir in Horw führen auch ein Konto und zwischen diesen beiden Konten gibt es eine Differenz. Warum es diese Differenz gibt, wissen wir nicht, möglicherweise kommt sie daher, dass einmal Teile davon verzinst wurden, möglicherweise kommt es auch daher, dass noch andere Einnahmen in den Fonds geflossen sind, die nicht unmittelbar etwas mit der Ersatzabgabe zu tun haben. Auf jeden Fall haben wir bei uns in Horw eine höhere Summe als beim Kanton und es zeichnet sich ab, dass wir einmal die Summe, die der Kanton in seinen Büchern hat, überweisen müssen. Damit wir nicht alles, was über die Summe hinausgeht und nicht erklärbar ist, auch noch dem Kanton überweisen müssen, haben wir den Betrag von dem Konto genommen und setzen ihn nun in der Gemeinde, gebunden für den Zivilschutz ein, sodass wir dem Kanton effektiv nur das überweisen, was er bei sich in der Kontrolle hat.

Hans-Ruedi Jung (CVP)

Vielen Dank, ich habe diese Verschiebung in der Bilanz unter Konto 228501, Vorfinanzierung Zivilschutz, gefunden.

Thomas Zemp (CVP)

**Abstimmung:**

- 1. Der Rechnung 2012 der Einwohnergemeinde Horw, umfassend Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Bilanz per 31. Dezember 2012 wird einstimmig die Genehmigung erteilt.**
- 2. Es wird einstimmig zugestimmt, dass keine Nachtragskredite im Sinne von Art. 57 der Gemeindeordnung zu bewilligen sind.**

Heiri Niederberger (CVP)

Weil vorher der Antrag der GPK angenommen wurde, verteilt sich nun der Ertragsüberschuss von Fr. 1'388'991.81 (Punkt 3 des Beschlusses) anders.

Rita Sommerhalder (CVP)

Das ist die logische Konsequenz aus dem vorherigen Beschluss.

Heiri Niederberger (CVP)

**Abstimmung, Punkt 3:**

**Einstimmig wird der Ertragsüberschuss von Fr. 1'388'991.81 wie folgt verbucht:**

- **1'000'000.00 Franken werden der Vorfinanzierung ORST gutgeschrieben.**
- **Für die abgelehnten Strassenprojekte wird eine ausserordentliche Abschreibung in der Höhe von Fr. 340'595.80 vorgenommen.**
- **Der restliche Ertragsüberschuss von Fr. 48'396.01 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.**

**Gesamtabstimmung:**

**Dem Bericht und Antrag Nr. 1502, Jahresrechnung 2012, wird einstimmig zugestimmt.**

## 5. Motion Nr. 278/2013 von Thomas Zemp, CVP, und Mitunterzeichnenden: Reglement Feuerwerke

Offenbar haben Gemeinden einen gewissen Spielraum, den Umgang mit Feuerwerken auf ihrem Gemeindegebiet zu regeln. Wenn man das tun möchte, ist eine gesetzliche Grundlage nötig. Das kann ein Reglement sein, vielleicht auch etwas anderes, aber es ist der Zweck der Motion, dass sie verlangt, so eine Grundlage zu schaffen resp. einen B+A zu machen, über dessen Grundlage der Einwohnerrat diskutieren kann.

Thomas Zemp (CVP)

Es wäre gut, wenn man eine gesetzliche Grundlage schaffen würde und wenn man mindestens eine Meldepflicht für das Abbrennen von Feuerwerken einführen würde. So eine Meldepflicht würde die Leute im Umgang mit Feuerwerken sensibilisieren und es würde ihnen bewusster gemacht, was es bedeutet, und ich glaube auch, dass es letztlich weniger Aktivitäten mit Feuerwerken geben würde, wenn eine Meldepflicht eingeführt wird. Es geht überhaupt nicht darum, die Feuerwerke zu verbieten, sondern das Anliegen ist mehr aus Kreisen von Leuten gekommen, die Haustiere haben und die sich daran stören, wenn es plötzlich irgendwo kracht. Auch diese Leute sind nicht gegen Feuerwerke, aber sie möchten es gerne im Voraus wissen, damit sie Tiere dahin bringen können, wo sie geschützt sind.

Das Reglement ist vom Gemeindeverband ausgearbeitet worden und wird auch in verschiedenen Gemeinden im Seetal angewendet und auch die Stadt Luzern hat so ein Reglement erlassen. Ich fände es eine gute Sache, wenn das auch die Gemeinde Horw machen könnte und bitte Sie darum, wenn es zu einer Abstimmung kommt, der Motion zuzustimmen.

Bis 2009 gab es eine Bewilligungspflicht und die Gemeinde Horw hatte eine recht restriktive Haltung gegenüber Feuerwerken. Wenn Anfragen für Hochzeiten oder andere Feste kamen, wurden immer andere Sachen empfohlen.

Manuela Bernasconi (CVP)

Seit 2009 haben wir keine gesetzliche Grundlage mehr und seitdem kommen auch keine Anfragen mehr und wir müssen auch nichts bewilligen. Wir haben in den RKU-Gemeinden versucht, etwas gemeinsam zu machen bis man gesehen hat, dass der VLG ein Musterreglement macht.

Um zu prüfen, welche gesetzliche Grundlage für Horw richtig ist, ist der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Dieses Reglement macht aus Sicht der FDP absolut keinen Sinn. Wir haben schon genug Reglemente und Vorschriften, zudem würde unnötiger Verwaltungsaufwand generiert. Eine Publikation im Voraus im Internet bringt aus unserer Sicht nichts. Die Tiere leiden unter dem Feuerwerk gleichviel, ob es nun im Internet publiziert ist oder nicht. Wer bringt denn die Katze zum Onkel nach Stans, nachdem er im Internet nachgeschaut hat?

Urs Rölli (FDP)

Es wäre sicher noch interessant, von der Gemeinderätin zu erfahren, was effektiv die Möglichkeiten waren, die bis 2009 ausgeschöpft wurden. Hat man da Erfahrungswerte?

Die FDP-Fraktion bittet Sie, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Meistens ist es so abgelaufen, dass die Anfrage entweder an die Polizei gerichtet wurde, dann wurde diese an uns weitergeleitet und wir haben die Bewilligung erteilt, oder Anfragen sind direkt zur Natur- und Umweltschutzstelle gekommen. Ausser für die Festtage haben wir fast nichts bewilligt, sondern empfohlen, z.B. Flammeas steigen zu lassen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Ich kann nicht sagen, ob sämtliche Feuerwerke, die gezündet wurden, bei uns angefragt wurden, aber ich habe den Eindruck, dass Feuerwerke im Dorf, obwohl wir keine Bewilligungspflicht haben, keine tragische Angelegenheit sind. Das soll aber nicht heissen, dass man das nicht klar regeln kann.

Eventuell kann uns die Gemeinderätin noch sagen, wie das in Kriens und Hergiswil geregelt ist. Von meiner Wohnlage aus sehe ich auf Kriens und Hergiswil und ich sehe, dass dort relativ viele Feuerwerke gezündet werden. Ich staune auch, dass man schon für einen kleinen Vulkan eine Meldepflicht machen müsste. Ich finde so ein Reglement fast ein wenig absurd.

Urs Rölli (FDP)

Kriens ist in der RKU, den 13 Regionalkonferenz-Gemeinden um Luzern und dort hat man sich bemüht, dass nicht jeder das Rad neu erfindet. Ich werde das Thema sicher noch einmal in die RKU nehmen, denn es wäre wirklich sinnvoll, dass man das Thema über die Grenzen hinaus behandelt. Es ist ein wenig versandet, als man gesehen hat, dass der VLG etwas macht, denn man wollte es ja nicht doppelt machen. Aber wenn eine Gemeinde eine mehrheitsfähige Vorlage hat, könnte man das wieder zum Thema machen.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Es geht in der Motion darum, dass uns ein Reglement vorgelegt wird. Ob dann ein kleiner Vulkan meldepflichtig ist, würden wir bei der Beratung des Reglements beschliessen. Es müsste auch definiert werden, wann das Reglement gilt. Wenn man das Merkblatt der Polizei liest heisst es, dass von 22.00 bis 6.00 Uhr Nachtruhe ist und in der Zeit kein Feuerwerk gezündet werden darf. Die Erfahrung zeigt aber, dass im Sommer kein Feuerwerk vor 22.00 Uhr gezündet wird. Wenn ich beim Verband der Luzerner Gemeinden lese, dann reden sie auch davon, dass das Abbrennen von Feuerwerken zwischen 22.00 und 6.00 Uhr meldepflichtig ist. Es geht also offenbar genau um die Zeitspanne, ob man es reglementieren sollte oder nicht.

Thomas Zemp (CVP)

Ich mache Ihnen beliebt, die Motion nicht zu überweisen. Damit würden wir wieder einen Verwaltungsapparat in Bewegung setzen, bei dem eine Menge Sachen diskutiert werden müssen. Ich weiss nicht wie das in Luzern ist, aber wenn ich schaue, wie oft ein Fussballmatch ist und wie viele Pyros dort gezündet werden - ich nehme nicht an, dass die immer alle eine Bewilligung haben für ihre Fackeln. Ich weiss nicht, warum das in Horw überhaupt ein Thema ist, wir haben den 1. August und dann gibt es noch das Seenachtsfest, ich weiss wirklich nicht, wo wir Feuerwerke haben, dass das jetzt ein Thema ist.

Ruth Strässle-Erismann (FDP)

Die SVP-Fraktion geht mit der FD-Fraktion insofern einig, dass auch wir gegen eine Überreglementierung sind und detaillierte Vorschriften ein grosser Verwaltungsaufwand sind. Im Fall von der Motion von Herrn Zemp sieht aber alles halb so schlimm aus. Es gibt eine Vorlage vom Verband Luzerner Gemeinden, der Gemeinderat bekommt eine relativ offene Ausgangslage, einmal eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten und der Einwohnerrat kann auf die Detailberatung Einfluss nehmen. Aus unserer Sicht wäre es gerechtfertigt, dem Gemeinderat die Chance zu geben, um ein Reglement vorzulegen. Und das Thema wird, wenn sich das Wetter bessert, durchaus auch in Horw wieder ganz aktuell.

Reto von Glutz (SVP)

Wie Sie richtig sagen, ist das Reglement vermutlich das Kleinste, aber nachher die Umsetzung und den Aufwand, das zu kontrollieren und anzumelden, der Aufwand ist unbeschreiblich und das möchten wir verhindern. Wenn wir jetzt anfangen, etwas ins Rollen zu bringen, hat nur schon die Gemeindeverwaltung wieder Aufwand, auch wenn dieser evtl. aufgrund der Vorlage klein ist. Aber wenn man sieht, Kat. 1 bis 4, wie will man das regeln und handhaben, dazu möchte die FDP-Fraktion nicht Hand bieten.

Urs Röllli (FDP)

**Abstimmung:**  
**Die Motion wird mit 16:9 Stimmen überwiesen.**

Heiri Niederberger  
(CVP)

## 6. Fragestunde

### 7. Interpellation Nr. 614/2012 von Markus Bider, CVP: Sitzungsgelder im Verband Recycling Entsorgung Abwasser Luzern (REAL)

Die Interpellation wurde im November letzten Jahres formuliert und letzte Woche konnte man der Zeitung entnehmen, dass auch die Geschäftsleitung vom REAL mittlerweile zu der Ansicht gekommen ist, dass der Verband über zuviel liquide Mittel verfügt, die er nicht benötigt und dass man Möglichkeiten sucht, wie man diese Mittel wieder los wird. In der Situation ist es wichtig, dass wir als Behördenmitglieder, wenn einmal ausnahmsweise viel Geld vorhanden ist, äusserste Disziplin walten lassen, wie wir mit dem Geld umgehen. Es ist nichts ärgerlicher und schädlicher für das politische System, als wenn der Bürger das Gefühl hat, dass vorhandenes Geld ausgegeben wird und er nichts dazu zu sagen hat. Ich habe aufgrund vom Zeitungsartikel im November dazumal schon der Eindruck gewonnen, dass man es im Verband REAL mit "good governance" nicht allzu genau nimmt.

Markus Bider (CVP)

Ich möchte gerne direkt auf die Fragen Antwort geben.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

1. Erscheint es dem Gemeinderat generell als Zeichen guter Verwaltungsführung, wenn Delegierte – für viele in der ersten Sitzung der Legislatur – sich eine rückwirkende Entschädigungserhöhung genehmigen?

Nein, dem Gemeinderat erscheint das nicht als eine gute Verwaltungsführung.

2. Wie haben sich im konkreten Fall die Vertreter von Horw im REAL verhalten? Was waren die Gründe für diese Haltung? Sind Rückkommensanträge geplant?

Der Delegierte der Gemeinde Horw war neu im Amt und damit auch neu gewählt als Delegierter. Nachdem vor der Delegiertenversammlung REAL keine anderslautenden Anträge bekannt wurden, wurde er vom Gemeinderat instruiert, im Sinne des Vorstandsantrages zu stimmen. Der Gegenantrag aus der Versammlung wurde erst während der Versammlung gestellt und das zeigt die Problematik, wenn wir einen Delegierten vorgängig instruieren müssen. Wenn uns die Anträge, die aus der Versammlung kommen, nicht rechtzeitig bekannt sind, können wir im Gemeinderat nicht darüber diskutieren und den Delegierten instruieren. Wir werden es in Zukunft allerdings auch nicht mehr so eng auslegen, wie wir gemeint haben, es auslegen zu müssen. Der Delegierte wird in Zukunft auch die Freiheit haben anders zu stimmen, wenn es vernünftige Anträge sind. In diesem Fall war es anlässlich der Delegiertenversammlung vielleicht auch ein wenig der neuen Situation und der Überrumpelung zuzuschreiben. Es sind keine Rückkommensanträge geplant, da der Antrag des Vor-

standes grossmehrheitlich gutgeheissen wurde und man wahrscheinlich geringe Chancen hätte, im Nachhinein noch einmal darauf zurückzukommen und einen Antrag auf Reduktion der Entschädigungen zu stellen.

3. Wäre der Gemeinderat bereit, inskünftig Entschädigungsanpassungen grundsätzlich erst ab der dem Beschluss folgenden Legislatur in Kraft zu setzen resp. sich dafür einzusetzen, dass so verfahren würde?

Ja, falls die Delegiertenversammlung diesem Antrag zustimmt.

4. Wie ist die Vereinnahmung von Sitzungsgeldern aus Zweckverbänden in Horw generell geregelt?  
a) Für Verwaltungsmitarbeiter?

Art. 26 des Personalreglements der Gemeinde Horw vom 25. November 1999 (Nr. 400) hält fest: "Gebühren und Entschädigungen für dienstliche Tätigkeiten und die von Dritten ausgerichteten Lohnbeiträge fallen in die Gemeindekasse". Soweit die Verwaltungsmitarbeitenden die Gemeinde in Verbänden und Organisationen während der Arbeitszeit vertreten, gilt Art. 26 des Personalreglements. Wird diese Vertretung ausserhalb der Arbeitszeit wahrgenommen, gehören Entschädigungen der bzw. dem betreffenden Verwaltungsmitarbeitenden. Die Vorbereitung auf die Sitzungen fällt in der Regel in die Arbeitszeit und wird von den Verbänden und Organisationen nicht entschädigt.

- b) Für Exekutivmitglieder?

Da die Exekutivmitglieder alle ausschliesslich hauptamtlich angestellt sind, nehmen sie die Vertretung der Gemeinde in Verbänden und Organisationen ergänzend zu ihrem Gemeinderatsamt, d.h. ausserhalb ihres Gemeinderatspensums, wahr. Für diese nebenamtliche Tätigkeit werden die Exekutivmitglieder von den Verbänden und Organisationen direkt entschädigt.

- c) Wird die bestehende Regelung (so es sie gibt) durchgesetzt?

Ja. Die jeweiligen Departementschefs sind für die Durchsetzung dieser Regelung verantwortlich. Sie müssen darauf achten, dass bei denjenigen, die die Aufgaben während der Arbeitszeit wahrnehmen, die Entschädigungen in die Gemeindekasse fliessen und wenn es ausserhalb der Arbeitszeit ist, direkt dem Begünstigten zukommen.

- d) Drängen sich aus Sicht des Gemeinderates Änderungen dieser Praxis auf?

Nein, wenn dem Reglement nachgelebt wird, ist keine Praxisänderung notwendig.

5. Die Sitzungsgelder sind nicht in allen Verbänden gleich hoch. Es ist jedoch wünschenswert, dass die Arbeit durch die vom Einwohnerrat gewählten Vertreter der Exekutive und der Verwaltung trotz unterschiedlicher Besoldung in allen Verbänden gleich gewissenhaft wahrgenommen wird.

- a) Welche Mechanismen sieht der Gemeinderat, um die Behördenmitglieder bei unterschiedlichen Sitzungsgeldern ausgeglichen zu begünstigen?

Angesichts der fehlenden oder nur geringen Entschädigungen ist keine Praxisänderung vorgesehen. Der Aufwand für einen Ausgleich wäre unverhältnismässig.

- b) Ist geplant solche Mechanismen einzuführen?

Nein, aus oben erwähntem Grund.

- c) Es wird um eine vergleichende Aufstellung der gültigen Sitzungsgelder in allen Verbänden, Gruppen, Stiftungen etc., in welchen Behördenmitglieder von Horw ex officio vertreten sind, ersucht.

Die gewünschte Aufstellung sehen Sie eingeblendet.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Heiri Niederberger  
(CVP)

Ich danke Herrn Jung für die Ausführungen und verlange Diskussion.

Markus Bider (CVP)

Man sieht, dass es absolut inhomogen ist, was die Verbände zahlen. Man kann darüber diskutieren, ob der Betrag vom REAL jetzt hoch oder tief ist, jeder Einwohnerrat weiss selber, was er im Stundenhonorar verdient. Mir wurde gesagt, eine Sitzung beim REAL dauert im Schnitt zwei Stunden. Offensichtlich hat man dort verglichen mit anderen Verbänden und ganz offensichtlich mit anderen Massstäben, das können wir jetzt so nicht ändern, es ist auch nicht so wichtig, aber im Hinblick auf die gute Finanzsituation des Verbandes finde ich es sehr bedauerlich, dass man so entschieden hat.

### **8. Interpellation Nr. 615/2012 von Thomas Zemp, CVP: Organisation Kindes- und Erwachsenen-Schutzbehörde (KESB)**

Die Interpellation wurde am 8. Mai 2013 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Heiri Niederberger  
(CVP)

Ich bin grundsätzlich zufrieden mit der Antwort und bin auch froh, dass dies schriftlich erfolgt ist. Es ist mir auch bewusst, dass das wahrscheinlich nicht ganz einfach war und es darum ein wenig Zeit gebraucht hat, die Antworten von den anderen Verbänden zu erhalten, denn diese sind vielleicht mehr oder weniger daran interessiert, sich mit den anderen zu vergleichen. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Erfahrungszahlen noch weitgehend fehlen und dass man darum einfach einmal auf die Budgetzahlen zurückgegriffen hat. Es hat sich aber gelohnt, die Fragen zu stellen, weil sie zeigen, wie die einzelnen Verbände an die Aufgaben herangegangen sind und vielleicht auch ein wenig, was für eine Einstellung sie haben. Es ist aus meiner Interpellation abzulesen, dass ich gegenüber dem Verband, bei wir selber dabei sind, eine gewisse Skepsis bezüglich Effektivität und Effizienz habe. Auch die Beantwortung der Fragen und vor allem auch die Korrespondenz, die wir dazu lesen konnten, verändert meine Haltung nicht gross. Ich vertrete nach wie vor die Auffassung, dass man das sehr genau im Auge haben muss, was mit dem KESB Luzern-Land passiert und ich denke auch, dass es sicher richtig ist, wenn die Gemeinde Horw zwischenzeitlich weitere Optionen prüft. Ich habe aber gesehen, dass etwas läuft und der Druck ein wenig zugenommen hat und jetzt werden wir einmal schauen, was passiert.

Thomas Zemp (CVP)

### **9. Dringliche Interpellation Nr. 623/2013 von Konrad Durrer, L2O, und Mitunterzeichnenden: Informatikdepartement an der Hochschule Luzern – Horw ist der geeignete Standort**

Wie bereits bei der Dringlichkeitsdebatte erwähnt, soll die etablierte Abteilung Informatik der HTA in Horw ein Departement werden. Das ist an und für sich erfreulich. Die Innovationen der Abteilung haben sich gelohnt. Die Stärken der Abteilung liegen im Bereich Sicherheit und Interdisziplinarität. Davon konnten sich auch die Einwohnerräte anlässlich des letzten Einwohnerratsausfluges überzeugen. Doch was liest man im ersten Bericht darüber? Der Standort Horw soll aufgegeben werden und die Informatik nach Zug verlegt werden. Sursee – nicht verlegen – bringt sich sofort, mit öffentlicher Unterstützung von Stapi und Kantonsräten, auch ins Spiel. Und was macht Horw? Bisher nichts. Dabei ist es m.E. ein grosser Verlust an Studierenden, an Attraktivität, an Potenzial (z.B. für Spin-offs), an Synergien in der Infrastrukturnutzung (Mensa, grosser Hörsaal, Bibliothek, Labor), an Kompetenz bei der Interdisziplinarität, (z.B. gehört das I-Lab

Konrad Durrer (L2O)

zur Elektrotechnikabteilung) und man hört hinter vorgehaltener Hand, dass die Studierenden dann doch tageweise nach Horw pendeln müssten und dass es in Horw – für die verbleibenden Abteilungen – trotzdem eine Schatteninformatik geben wird (halt dann unter dem Deckmantel Elektrotechnik, Gebäudeautomatisation, etc.).

Meine Damen und Herren, ich bin an der HTA als Experte für Diplomarbeiten tätig und ich sage ihnen, die interessantesten Aufgaben sind die, wenn die Informatiker mit anderen Abteilungen zusammenarbeiten oder wenn Leute von anderen Abteilungen in Teams mit Leuten von der Informatik forschen. Deshalb – nicht nur aus Lokalpatriotismus – freue ich mich, dass der Gemeinderat bereit ist, die Fragen zu beantworten.

Es ist nicht so, dass der Gemeinderat bisher untätig war und das möchte ich Ihnen jetzt gerne, mit der Beantwortung der Fragen von Herrn Durrer, darlegen.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

1. Ist er (der Gemeinderat) auch der Ansicht, dass Horw der geeignete Standort ist?

Ja, da die Synergien mit der bestehenden Hochschule Technik und Architektur offensichtlich sind und zumal diese bereits über eine entsprechende Abteilung verfügt.

2. Wie hat er (der Gemeinderat) sich bisher in die Diskussion eingebracht? (Kontakt mit Projektgruppe, Konkordatsrat, Kanton, Hochschule, Kantonsräten, Fachstellen...)

Gemeindepräsident Markus Hool und ich hatten am 18. März 2013 eine Besprechung mit Regierungsrat Reto Wyss. Inhalt dieser Besprechung war die Ansiedlung der Hochschule Luzern – Design und Kunst in Horw. Aus Sicht des Gemeinderates ergäben sich zwischen dem Departement Technik und Architektur und dem Departement Design und Kunst Synergien. Der Kanton möchte jedoch für dieses Departement die dezentralen Zumietungen aufheben und eine zentrale Mietlösung anstreben. Für Mieten ist dem Vernehmen nach Geld vorhanden, für Investitionen eher nicht. Regierungsrat Wyss konnte uns zwar mit Bezug auf die Ansiedlung neuer Schulen und Departemente in Horw bestätigen, dass der Kanton das Departement Technik und Architektur ausbauen will. Zudem steht längerfristig die Ansiedlung der Pädagogischen Hochschule auf dem Programm. Für die Ansiedlung der Hochschule Design und Kunst konnte Regierungsrat Wyss keine Hoffnungen machen. Das Departement Technik und Architektur sowie die Pädagogische Hochschule seien die Schwerpunkte der Entwicklung der tertiären Bildung am Standort Horw.

3. Welche Möglichkeiten sieht er (der Gemeinderat), Horw zu positionieren?

Wir erachten die regelmässigen Kontakte zum Regierungsrat als erfolgversprechendsten Weg und wollen diese auch weiterhin pflegen.

4. Was gedenkt er (der Gemeinderat) in den nächsten Monaten zu tun, um den Standort Horw zu propagieren?

Wir werden sowohl dem Regierungsrat, als auch dem Konkordatsrat der Hochschule ein Bewerbungsschreiben zukommen lassen. Gerade heute morgen haben wir anlässlich einer gemeinsamen Sitzung auch die Leitung des Gemeindeverbandes LuzernPlus für das Anliegen sensibilisieren können. LuzernPlus wird voraussichtlich seinerseits beim Regierungsrat und beim Konkordatsrat vorstellig werden, um Horw als Standort für das Departement Informatik beliebt zu machen.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Heiri Niederberger  
(CVP)

Wie ich sehe, läuft da jetzt doch etwas. Ich bin froh, dass Sie Ihre Front verbreitert haben und nach dem Anfang beim Regierungsrat jetzt auch den Konkordatsrat und LuzernPlus einbeziehen und vielleicht gibt es noch weitere Möglichkeiten, Lobbyarbeit zu machen.

Konrad Durrer (L20)

Ich bin zufrieden mit der Beantwortung.

### **10. Dringliche Interpellation Nr. 625/2013 von Urs Rölli, FDP: Baustellen St. Niklausenstrasse**

Wie aus den Fragen ersichtlich, geht es einerseits um einen reibungslosen Busverkehr, der im Moment auf diesem Streckenabschnitt nicht gewährleistet ist. Das Problem scheint nicht optimal gelöst und aufgrund der anfallenden Gebühren müssen auch entsprechende Massnahmen umgesetzt werden. An der Seestrasse hat jemand für fünf Parkplätze für ein halbes Jahr 4'000 Franken Gebühren bezahlt. Gemäss Buschauffeur kommt es täglich zu heiklen Verkehrssituationen und das haben sie auch der Zentrale der vbl gemeldet, die dies angeblich der Gemeinde Horw weitergemeldet hat.

Urs Rölli (FDP)

Ich bin gespannt auf die Beantwortung der Fragen.

Bei der Baustelle waren wir schon mehrmals vor Ort und seit März hat immer wieder Kontakt stattgefunden.

Manuela Bernasconi (CVP)

Zur Beantwortung Ihrer Fragen:

1. Warum besteht keine Bausignalisation oder ein entsprechender Hinweis entlang dieser ohnehin gefährlichen Strasse?

Grundsätzlich ist die Bauherrschaft resp. der Unternehmer verantwortlich für die Bausignalisation, dies wird in der Baubewilligung so verfügt. In diesem Fall ist es so, dass der Projektleiter vergessen hat, das in Auftrag zu geben, worauf er auf die Bausignalisation aufmerksam gemacht wurde. Die besagte Baustelle befindet sich an einer relativ engen Stelle der St. Niklausenstrasse.

2. a) Wurden den verschiedenen Bauherrschaften die Gebühren für die Benutzung der Strasse (Art.7 des Strassenreglements Nr. 630 & Art. 5 Parkplatzgebühr Nr. 631) – aktuell bis zu 30 Fahrzeuge – verrechnet?

Selbstverständlich erheben wir Gebühren, dazu bildet der gesteigerte Gemeingebrauch, der in unserem Strassenreglement aufgeführt ist, unsere Grundlage. Jeweils nach Beendigung der Baustelle wird Rechnung gestellt.

- b) Bei welchen Bauvorhaben (gem. Baugesuch) werden diese Gebühren erhoben und wie wird entschieden ob ein Baugesuch gebührenpflichtig ist?

Im Baubewilligungsentscheid wird immer erwähnt, dass es bewilligungspflichtig ist, wenn öffentlicher Grund beansprucht wird.

- c) Wie viel (Anzahl und Franken) solcher Gebühren wurden im Jahr 2012 in Rechnung gestellt? Werden die Gebühren zweckgebunden verwendet und wie?

In der Rechnung 2012 konnten Sie sehen, dass auf dieser Kostenstelle für zehn Rechnungen 12'000 Franken eingenommen wurden. Die Einnahmen sind nicht zweckgebunden, sondern werden in der Laufenden Rechnung dem betrieblichen Strassenunterhalt als Einnahme verbucht.

3. Wird die unerfreuliche Situation (u.a. Aussage gemäss Buschauffeur) entlang der St. Niklausenstrasse durch die Gemeinde in regelmässigen Abständen kontrolliert?  
a) Wenn ja, welche Massnahmen mussten ergriffen werden?  
b) Wenn nein, warum nicht?

Die Situation wird nicht in regelmässigen Abständen kontrolliert, sondern sporadisch. Als im März zum ersten Mal etwas gemeldet wurde, wurde sofort das Gespräch mit dem Projektleiter gesucht und es konnte vereinbart werden, dass ein Verkehrsdienst den Verkehr regelt. Daraufhin haben wir die Rückmeldung erhalten, dass das so in Ordnung sei.

Im Weiteren ist zu bemerken, dass bei solchen Grossbaustellen im Endausbau die Unternehmer in Scharen auflaufen und jeder möchte möglichst nah an der Baustelle parkieren. Die Polizei hat versucht, den Unternehmern den Parkplatz Felmis schmackhaft zu machen, bei einigen funktionierte es, bei anderen nicht. Widerrechtliches Parkieren wurde von der Polizei vor Ort gebüsst.

Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden.

Ich bin zufrieden mit der ausführlichen Beantwortung. Man sieht das Zusammenspiel zwischen Gemeinde, vbl und der Polizei und man sieht auch, dass Möglichkeiten, wie mit dem Parkplatz Felmis, gesucht wurden. Und es ist klar, wo gebaut wird, ist mit Hindernissen zu rechnen.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Urs Rölli (FDP)

Heiri Niederberger  
Einwohnerratspräsident

Hermann Herren  
Sekretär

Daniel Hunn  
Gemeindeschreiber

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 1. Juli 2013